

Mehr Perspektiven für junge Menschen in der Corona-Krise - Ein Diskussionsbeitrag der Initiative Niedersächsischer Ethikrat

Wo stehen wir in der Corona-Krise?

Die akute Phase der Krise scheint vorüber, ein Ende der Pandemie ist aber noch nicht abzusehen. Jetzt ist die Zeit, um die Weichen für eine gerechtere, partizipative und inklusive Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie in Niedersachsen zu stellen. Gerade, weil eine zweite Infektionswelle jederzeit möglich ist, sind gesellschaftliche Gestaltungsaufgaben nun umso beherzter anzugehen. Es gilt, einen auf längere Zeit veränderten dynamischen Alltag gemeinsam zu gestalten.

Die nächsten Monate müssen als Denk- und Planungsraum für eine langfristige Bewältigung der bereits absehbaren Pandemiefolgen sowie für einen besseren Umgang mit der Pandemie genutzt werden. Mit welchen Planungs- und Beratungsszenarien während der Corona-Krise soll in Niedersachsen nach den Sommerferien weitergearbeitet werden? In Erfahrung gebracht werden muss jetzt vor allem, wer und was durch das politische und gesellschaftliche Krisenmanagement vernachlässigt wurde: Gruppen, die vergessen, und Stimmen, die übergegangen wurden, sind anzuhören. Nachdem in der akuten Krise die politische Exekutive das Wort hatte, ist jetzt stärker auf bürgerschaftliche Teilhabe in den Entscheidungsprozessen zu setzen, um allen Mitgliedern der Gesellschaft eine gerechte Chance auf Berücksichtigung ihrer Interessen zu bieten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Leitfrage sollte sein: Wie können wir in Zukunft gemeinsam, Härten vermeidend und aufeinander achtend mit der Corona-Pandemie leben?

Vor diesem Hintergrund wird die Initiative Niedersächsischer Ethikrat in den kommenden Monaten Stellungnahmen zur politischen und gesellschaftlichen Bewältigung der Pandemie-Folgen in Niedersachsen veröffentlichen. Zum Auftakt soll hier im Rahmen eines ersten Diskussionsbeitrags die bisher zu wenig beachtete Gruppe der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Blick genommen werden. Dieser Beitrag soll die öffentliche Diskussion in Niedersachsen anregen, partizipative Verfahren in den Blick rücken und ethische Perspektiven politischen Handelns aufzeigen. Der Austausch mit Verbänden, Expert*innen und Betroffenen hat begonnen. Dabei zeichnen sich folgende Kernthemen als zentral ab:

- 1. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind nicht nur Adressaten staatlicher Maßnahmen, sondern aktiv zu beteiligende Mitglieder der Gesellschaft.**

Das Virus betrifft uns alle. Aber viele Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, bleiben mehr als andere von der Teilhabe am öffentlichen Leben ausgeschlossen. Die Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf gesellschaftliche Partizipation, auf Bildung, auf Versammlung, auf Spiel und Sport sind nach wie vor massiv eingeschränkt. Zu sehr haben die Interessen der Gesamtgesellschaft, zu wenig die Rechte und Bedürfnisse der jungen Menschen das politische Handeln bestimmt. Wirtschaftliche Aspekte dominieren das Feld. Wenn ihre Eltern nicht als „systemrelevant“ anerkannt waren, mussten Kinder aus dem öffentlichen Leben verschwinden. Jugendlichen wurde der direkte Austausch in der Peergroup untersagt. Doch wie die Erwachsenen sind auch Kinder und

Jugendliche Bürger*innen: Sie sind in allen politischen Prozessen, die sie betreffen, anzuhören; ihre Meinung muss berücksichtigt werden. Sie sind an Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ihre eigenen Ressourcen zur Bewältigung der Krise sind abzurufen.

Die in der nächsten Zeit von Politik und Gesellschaft dringend in den Blick zu nehmenden Fragen lauten: *Wie kann die Partizipation der Betroffenen in der jungen Alterskohorte und ihre Teilhabe am politischen Prozess besser realisiert werden? Welche schon bestehenden Initiativen können dafür fruchtbar gemacht werden?*

2. **Die Lebens-, Entwicklungs- und Bildungschancen von jungen Menschen müssen deutlich verbessert werden.**

Die Corona-Krise hat soziale Ungleichheiten verschärft. Durch die Fülle der zu treffenden außergewöhnlichen Maßnahmen sind marginalisierte Milieus, Menschen mit Einschränkungen, Menschen, die sich weniger leicht öffentlich zu Wort melden können, aus dem Blickfeld geraten. Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien, insbesondere solche mit Migrationserfahrung, wurden durch „Homeschooling“ abgehängt, chronisch kranke Kinder vom Unterrichtsgeschehen isoliert und junge Menschen in Heimen ganz vom sozialen Leben ausgeschlossen. Es ist mit einer erhöhten Quote von Menschen ohne Schulabschluss zu rechnen. Junge Erwachsene haben schlechtere Aussichten auf einen Ausbildungsplatz. Die rein digitalen Lehrformate an den Hochschulen können den für Lebens- und Bildungserfahrungen unentbehrlichen persönlichen Austausch zwischen Lehrenden und Lernenden sowie unter den Studierenden nicht ersetzen. Sie erschweren die Wahrnehmung von Komplikationen während des Studiums und mögliche Problemlösungen sowie die gezielte Förderung sozial schwächerer Studierender. Zudem sind nach wie vor viele Treffpunkte von jungen Menschen geschlossen; ein gemeinsames soziales Leben muss auf der Straße stattfinden. Ungleichheit und Exklusion drohen Lebensperspektiven zu zerstören. Dies alles benachteiligt nicht nur junge Menschen. Zugleich stellt es mittel- und langfristig auch eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dar.

Die Fragen lauten: *Wie kann der Bedeutung von elementaren Bildungszugängen, die für die Selbstständigkeit und Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen unabdingbar sind, zu stärker Rechnung getragen werden? Wie können junge Menschen bessere Chancen auf ein eigenes soziales Leben erhalten und wie kann ihnen mehr Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht werden? Wie können die durch die Krise besonders benachteiligten und zurückgefallenen Kinder und Jugendliche Lernerfolge auf- bzw. nachholen?*

3. **Die in der Krise über die Maßen geforderten Familien brauchen mehr Unterstützung und Entlastung.**

Eltern wie Kinder haben ihren jeweiligen familiären Kontext durch die Ausgangsbeschränkungen in neuer Weise erlebt. Vielfach wurden neue Chancen des Miteinanders wie z.B. regelmäßige gemeinsame Mahlzeiten erprobt. Vielfach wurde aber das ununterbrochene Miteinander in den eigenen vier Wänden als beengend und die Beteiligten überfordernd erduldet. Insbesondere Alleinerziehenden fehlten Zeit, Raum und Muße für die

notwendige Erholung. Getrenntlebende Eltern mit regelhaften Besuchs- und Aufenthaltszeiten waren zusätzlich belastet, weil die geteilte Betreuung der Kinder mit dem veränderten Alltag in Einklang gebracht werden musste. Es zeigte sich, dass das Familienleben nur bedingt geeignet ist, frühkindliche, schulische, und außerschulische Bildungsprozesse für junge Persönlichkeiten zu ersetzen. Eltern sahen sich mit pädagogischen Aufgaben konfrontiert, die sie häufig überforderten. Kinder und Jugendliche wurden in einem Maß digitalen Prozessen anvertraut und überlassen, die der dialogischen Struktur menschlichen Lebens nicht entspricht. Finanzielle Zuweisungen mögen zwar vorübergehend hilfreich sein, lösen aber nicht die benannten familiären Probleme.

Familienpolitisch ist zu klären: *Kann „die Familie“ angesichts der vielfältigen Familienformen und der Teilhabe an außerfamiliären Bildungs- und Lebensprozessen wirklich den Rückhalt bieten und geben, der ihr abgefordert und zugemutet wird? Wie kann insbesondere in Wohnverhältnissen, die beengt sind, Kindern und Jugendlichen dennoch Raum zur Entfaltung ermöglicht werden? Wie kann aufsuchende pädagogische Arbeit Eltern und Kinder bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen unterstützen?*

4. **Ein tendenziell stigmatisierendes Verständnis von Risiko und Risikogruppen muss überwunden werden.**

Der Ausdruck „Risikogruppe“ stellt eine Gruppe von unter Umständen sehr unterschiedlichen Personen als homogen dar. Allzu grobe Risikogruppenraster reduzieren die Betroffenen auf ein einziges Merkmal (z. B. Alter, Vorerkrankung) und sehen von den Bewältigungspotentialen der einzelnen Individuen ab. Das verstellt den Blick für sinnvolle Grenzen von Schutzmaßnahmen und schließt die Mitglieder einer Risikogruppe unter Umständen pauschal von sozialen Aktivitäten aus. Damit einher geht die ernste Gefahr, die Betroffenen zu stigmatisieren. Wenn etwa Kinder aufgrund einer Vorerkrankung pauschal vom Unterricht und damit auch aus ihrer Peergroup ausgeschlossen werden, so ist das stigmatisierend, untergräbt ihr Selbstbewusstsein und negiert ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Wesentlich stärker als bisher ist zu berücksichtigen, wie sehr die soziale Situation in das Infektionsrisiko von Menschen mit hineinspielt. Es darf nicht übersehen werden, dass auch die Gefährdenden als Risikofaktor und somit als eigene Risikogruppe verstanden werden können. Denn das riskante Verhalten der einen beeinflusst das Infektionsrisiko der anderen. Schließlich gilt: Vulnerabel, verletzlich sind nicht nur einige wenige. Vulnerabel sind wir alle. Daher ist eine wechselseitige, alle Menschen einschließende, gesellschaftliche und persönliche Achtsamkeit angezeigt.

Im Umgang mit durch die Pandemie besonders gefährdeten Menschen, und insbesondere Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen, müssen die Fragen lauten: *Wie kann ein inklusives Vorgehen aussehen und Stigmatisierung verhindert werden? Wie kann die soziale Bedingtheit von Risiko deutlicher gemacht werden und stärker als bisher in politische Maßnahmen einfließen? Wie kann Verantwortung für die Reduktion von Risiken besser geteilt werden? Mit welchen Maßnahmen kann jenseits von Verboten für risikoarmes Verhalten geworben werden?*

5. Verantwortung muss stärker gemeinsam getragen werden.

Die soziale Landschaft in Niedersachsen ist bunt. Sie in der Krise zu stärken, ist allein aus einem Ministerium oder einer administrativen Ebene heraus nicht möglich. Die langfristige Bewältigung der Pandemiefolgen kann nur mit Hilfe eines partizipativen Krisenmanagements gelingen. Es sind möglichst viele Initiativen einzubinden sowie Interessengruppen zu hören und an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dazu wurden in Niedersachsen in den letzten Jahren schon vielfältige Formen der Bürger*innenbeteiligung erprobt. So stehen etwa entsprechende digitale Beteiligungsplattformen zur Verfügung, die es insbesondere Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen leichter machen können, ihre Stimmen einzubringen. Auf diesen Erfahrungen muss jetzt aufgebaut werden: Solche u. a. digitale Plattformen für solidarisches Handeln der Bürger*innen sollten genutzt und Freiräume für Handlungsoptionen der Entscheidungsträger vor Ort geschaffen werden. Zugleich muss klar sein: Es ist einleuchtend von geteilter Verantwortung zu sprechen. Jedoch kann die Delegation von Gestaltungsverantwortung in Fragen eines Risikomanagement in den lokalen Kontext und in die Gesellschaft hinein nur dann gelingen, wenn damit verbundene Haftungsfragen überzeugend gelöst sind und professionelle Begleitung angeboten wird. Hierfür sind übergeordnete Stellen gefragt, und zwar nicht zur Delegation, sondern zur Unterstützung und Mitübernahme von Verantwortung.

Die Fragen lauten: *Wie kann auf allen Ebenen gemeinsam Verantwortung geschultert werden, so dass an die Stelle von Aussagen wie: „Das geht aber nicht! Das könnte gefährlich werden“ Fragen treten können wie: „Was kann gehen? Was braucht ihr dafür? Wie bekommen wir das gemeinsam hin?“ Wie kann gesellschaftliche Solidarität gefördert und Bürger*innenbeteiligung so ausgestaltet werden, dass marginalisierte Gruppen eine Stimme bekommen?*

6. Ambivalenzen sind auszuhalten.

Politik und Gesellschaft werden in diesen Zeiten daran erinnert, dass sie stets mit Risiken und Unsicherheiten umzugehen haben. Sie dürfen dabei nicht den Eindruck erwecken, man könne sich ihrer ganz entledigen. Es gibt keine einfachen Lösungen für eine Situation wie diese. Daher muss in den politischen und gesellschaftlichen Debatten über gute Perspektiven für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene deutlicher werden, dass es grundlegende Ambivalenzen auszuhalten gilt. Sie zu leugnen ist ebenso fatal, wie den Eindruck zu erwecken, sie einfach überwinden zu können. So gilt es Spannungen in Ausgleich zu bringen:

- zwischen dem Schutz von physischem Leben und der Belastung im sozialen Leben und seelischen Erleben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen;
- zwischen dem Anspruch von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf freie (Bildungs-)entwicklung und Teilhabe am sozialen Leben und dem Schutz der Gesundheit besonders gefährdeter Menschen – auch innerhalb der Gruppe junger Menschen;
- zwischen erhöhter Gestaltungsfreiheit in Krisensituationen sowie mehr gesellschaftlicher Beteiligung und nichttrivialen Haftungsfragen.

Die Fragen lauten: *Sind wir uns der Tragweite dieser Ambivalenzen bewusst? Haben wir sie hinreichend öffentlich und politisch kommuniziert, ohne stillschweigend vor ihnen zu kapitulieren? Haben wir wirklich schon alle*

Optionen geprüft, die bereit stehen, um mit ihnen zum Wohle aller leben zu können? Oder bedarf es eines erneuten Umdenkens, abseits der eingefahrenen Maßnahmen?

Mit diesem Aufruf wollen wir für eine breitere, alle zivilgesellschaftlichen wie politischen Ebenen unseres Bundeslandes einbeziehende öffentliche Debatte werben. Bislang ungehörte Stimmen müssen mehr als bisher die Chance erhalten und gezielt ermutigt werden, sich einzubringen. Nur wenn wir jetzt die Zeit nutzen und uns alle zusammen den anstehenden Herausforderungen im Bewusstsein einer gemeinsam zu tragenden Verantwortung stellen, kann Exklusion langfristig verhindert und soziale Ungleichheit verringert werden. Die Initiative Niedersächsischer Ethikrat will dazu einen Beitrag leisten.